Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1935

03. 07. 95

Antrag

der Abgeordneten Simone Probst, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Antje Hermenau, Kristin Heyne, Michaele Hustedt, Dr. Manuel Kiper, Oswald Metzger, Halo Saibold, Christine Scheel, Ursula Schönberger, Margareta Wolf und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Energie für die Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Energiepolitik – und damit auch der Energieforschung – kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der globalen ökologischen Probleme zu. Die derzeit praktizierte Energieversorgung in den Industrieländern mit Kohle, Öl, Gas und Atomkraft übersteigt die Belastungsgrenzen des Ökosystems Erde.

   Eines der zentralen Probleme ist der zu hohe Energieverbrauch der Industrieländer, der zudem noch für viele Entwicklungs- und Schwellenländer als Vorbild gilt und von diesen oftmals angestrebt wird. Die daraus resultierenden Prognosen über den weltweiten Energieverbrauch dürfen nicht zur Wirklichkeit werden.

   Die Industrieländer müssen hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Notwendig ist deshalb eine drastische Reduzierung des Energieverbrauchs dieser Länder auf ein global verträgliches Maß. Dies ist nur möglich bei einer konsequenten Ausnutzung aller Energieeffizienzpotentiale und einer gleichzeitigen Veränderung unserer Lebensstile und Produktionsweisen.

   Das weitere große Problem besteht darin, daß der Energieverbrauch heute auf umweltzerstörende Art und Weise gedeckt wird. Treibhausgase verändern das Klima, Luftschadstoffe lassen Seen und Böden versauern und schädigen den Wald erheblich. Ölindustrie und Tankerunglücke verschmutzen die Meere. Atomare Katastrophen verstrahlen ganze Landstriche radioaktiv und machen sie auf Dauer unbewohnbar. Notwendig ist deshalb eine möglichst weitgehende Umstellung der Energieversorgung auf die umweltschonenderen Energiequellen Sonne, Wind, Wasser und Biomasse.

2. Auch wenn die ökologischen Folgen der heutigen Energiepolitik – im Detail – unabsehbar sind, die Richtung ist klar. Um die Richtung zu ändern, muß besonders im Forschungsbereich eine Schwerpunktverlagerung stattfinden. Eine Energieforschung, die der Erde eine Zukunft gibt, muß auf folgenden Grundlagen beruhen:
   - langfristige und globale Verträglichkeit der Energieversorgung,
   - Klimaschutz,
   - Kostenwahrheit der Energiepreise,
   - Versorgungssicherheit.
3. Eine zukunftssichernde Energieforschung muß:
   - die Treibhausgase und andere Luftschadstoffe drastisch reduzieren,
   - durch Verzicht auf Nukleartechnologie das Risiko radioaktiver Verseuchung minimieren,
   - das Know-how für eine starke Senkung des Energieverbrauchs entwickeln,
   - Technologien entwickeln, die den Energieverbrauch langfristig bei größtmöglicher Umweltschonung decken können,
   - umweltgerechte, angepaßte Energiesysteme für die Länder des Südens entwickeln helfen,
   - Rahmenbedingungen erforschen, die den Umbau der Energieversorgung beschleunigen,
   - Instrumente konzipieren, die den Know-how-Gewinn möglichst schnell in die Praxis umsetzen,
   - Programme entwickeln, die Menschen zur Verhaltensänderung motivieren,
   - die ökologischen und sozialen Folgen der zukünftigen Energieversorgung bewerten.
4. Die Energiepreise spielen eine wichtige Rolle bei der Richtungsänderung in der Energiepolitik. Eine Erhöhung der Preise durch eine Energiesteuer ist notwendig zur Mobilisierung von Energieeffizienzpotentialen und zur Marktdurchdringung der regenerativen Energien. Energiesteuern lösen einen Innovationsschub aus und stärken Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft.

   Gleichzeitig müssen jedoch auch mehr Mittel für die Energieforschung bereitgestellt werden, um insbesondere die Bereiche rationelle Energienutzung, erneuerbare Energien, Technologietransfer in die Länder des Südens und Erforschung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu stärken. Hierzu ist eine Aufstockung der Mittel um 300 Mio. DM erforderlich. Diese Aufstockung ist durch Umschichtung aus den Bereichen Atomforschung, Fusionsforschung und bemannte Raumfahrt zu finanzieren.

5. Atomkraft und Fusionsenergie können keinen Beitrag zu einer ökologischen Energieversorgung leisten. Die Forschung auf diesen Gebieten ist deshalb einzustellen. Doch auch nach einem Atomausstieg muß das Problem der Endlagerung des bereits angefallenen Atommülls national gelöst werden. Deshalb muß die Entsorgungsforschung, allerdings mit einer völlig anderen Ausrichtung, fortgesetzt werden. Die auf einzelne Standorte bezogene Forschung und Erkundung ist einzustel len. Zunächst müssen unter Hinzuziehung von kritischen Sachverständigen Leitlinien für den Umgang mit dem über Jahrhunderttausende strahlenden Atommüll aufgestellt werden. Dabei muß der sichere Schutz der Biosphäre vor radioaktiver Verseuchung oberste Priorität haben. Es ist, gegebenenfalls durch den Erlaß entsprechender gesetzlicher Vorschriften, sicherzustellen, daß die Kosten für die gesamte Entsorgungsforschung von den Atommüllverursachern getragen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein dementsprechendes Energieforschungsprogramm innerhalb von sechs Monaten zu erarbeiten.

Dieses Programm darf nicht allein auf die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien zielen. Um eine grundsätzliche Richtungsänderung in der Energiepolitik zu ermöglichen, ist es ebenso wichtig, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu analysieren. Nur so kann sichergestellt werden, daß Forschungsergebnisse anschließend in der Praxis auch umgesetzt werden.

Deshalb muß die Energieforschung folgende Ansätze verfolgen:

a) Energieeffizienz

- Energieeffiziente Prozesse in Industrie und Gewerbe,
- Energieeffizienz im Haushalt,
- effizientere und sauberere Nutzung von fossilen Energieträgern,
- Nah- und Fernwärme,
- Kraft-Wärme-Kopplung;

b) Regenerative Energien

- Biomasse,
- Thermische Solarenergienutzung,
- Photovoltaik,
- Windenergie,
- Wasserkraft,
- Geothermie,
- Energiespeicherung und Brennstoffzellen,
- Netzmanagement bei dezentraler Energieerzeugung;

c) Technologietransfer in die Länder des Südens

- umweltschonende dezentrale Energieversorgungssysteme für die Länder des Südens (Förderung mit einem Prozentsatz von 10 % der Energieforschungsmittel),
- Entwicklung und Erprobung von Strategien des Technologie-Transfers;

d) Rahmenbedingungen und Umsetzungsstrategien

- ordnungspolitische Rahmenbedingungen zum Umbau des Energiesystems,
- Ermittlung der struktur- und arbeitsmarktpolitischen Potentiale der Energiewende,
- Konzepte zur Vermarktung von Wärmedienstleistungen,
- Know-how zur Identifizierung und Erschließung von Einsparpotentialen,
- Kompetenzsteigerung von Planungsakteuren und Handwerk in den Bereichen regenerative Energien und rationelle Energienutzung,
- Motivationsmechanismen für einen Lebensstil auf niedrigerem Energieniveau,
- begleitende Technikfolgenabschätzung für die zukünftigen Energieversorgungssysteme.

Bonn, den 22. Juni 1995

Simone Probst

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)

Antje Hermenau

Kristin Heyne

Michaele Hustedt

Dr. Manuel Kiper

Oswald Metzger

Halo Saibold

Christine Scheel

Ursula Schönberger

Margareta Wolf

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333